

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschaffung
Tageblatt Riesa.
Fernzettel Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Postgeschäftskontor:
Dresden 1580.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befördertes bestimmtes Blatt.

Nr. 134.

Freitag, 10. Juni 1932, abends.

85. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Aufstellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellung Gebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plänen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zwischen den Notverordnungen.

Es mag sein, daß man gegenwärtig ohne Notverordnungen im Reich und in Preußen nicht auskommen kann. Auf jeden Fall mutet man dem Steuerzahler — und vor allem den staatlichen Beamten und Angestellten — neue Opfer und Belastungen zu. Widerspruch regt sich draußen in Lande. Preußens neueste Notverordnung (mit der zweifelhaften Idee einer staatlichen Zwangskasse für Beamte und Angestellte) beunruhigte schon die Gemüter. Was demnächst Herr von Papen — der Not geborend und nicht dem eigenen Triebe — befremden muß, wird zweifellos neue Widerstände ausspielen lassen. Man hatte sich schon mit dem liebreichen Gedanken vertraut gemacht, unter dem neuen „System“ vor weiteren sozialen Belastungen verschont zu bleiben.

Ein geheimes Gesetz scheint bei der Fortzeugung der Notverordnungen zu walten. Den Zweigen zu neuen Notverordnungen kann man sich am grünen Tisch — so scheint es — nicht entziehen. Noch ist es verfrüht, Einzelheiten über die kommenden Notverordnungen der Regierung Papen anzugeben. Aengstlich hütet man in der Reichskanzlei das Geheimnis der neuen Pläne.

Beinahe täglich versammeln sich die neuen Minister um den Kanzler. Bis in die späten Abendstunden ziehen sich die Kabinettssitzungen hin. Jemand wie muß man das deutsche Volk über die nächste Notzeit hinwegbringen. Einsparungsmaßnahmen werden unter solchen Umständen unausbleiblich. Selbstverständlich denkt der Reichskanzler nicht daran, die hinterlassenen Entwürfe seines Vorgängers durchweg zum Leben zu erwecken. Der Reichshaushalt 1932 beispielweise muß sich vorerst noch mancherlei Umänderungen gefallen lassen, ehe er von dem neuen Reichskabinett als hieb- und stichfest hinausgeschickt werden kann. Streichungen und Kürzungen verschiedener Stattposten lassen sich nicht vermeiden. Die Restposten haben bis zum Ende der Woche ihre neuen Vorschläge dem Reichskanzler zu unterbreiten. Dann erst wird man übersehen können, welche Maßnahmen zur Abdichtung des Haushaltsumfangs weiter notwendig sind.

Es braucht nicht ver schwieg zu werden, daß Herr von Papen nicht unwichtige Teile aus der Brüningschen Erbschaft in seinem Notverordnungswerk wird übernehmen müssen. Das gilt schon von der Beschäftigtensteuer, die bei ihrer Ankündigung in allen Volkschichten sowohl Staub aufwirbelt. Es fällt wenig ins Gewicht, daß die Beschäftigtensteuer im alten Umfang in der Notverordnung Papens unter einem neuen Namen auftritt. Name ist Schall und Rauch... Draußen achtet man nur auf die sozialen Rückwirkungen neuer Steuern, und diese bleiben in beiden Fällen die gleichen. Die Siedlungspläne der alten Regierung finden in der kommenden Notverordnung begreiflicherweise keinen Platz. Das ist aber nicht so zu verstehen, als ob die neue Regierung ein geschworener Feind jeder Siedlungsbewegung wäre. Reichsinnenminister Freiherr von Galen hob in seiner Rede vor dem Reichsrat ausdrücklich hervor, daß er niemals eine siedlungsfreudliche Reichsregierung unterstützen würde. Fürs erste dürften allerdings Siedlungspläne kaum zur Durchführung gelangen.

Wie es die neue Regierung mit der Arbeitslosenfürsorge halten wird, darüber herrscht überall die größte Unklarheit. Raum ein einziges Wörtchen bringt aus den vertraulichen Kabinettssitzungen in die Öffentlichkeit. Der Kanzler läßt offenbar, daß bei geringerer Schwierigkeit seine Pläne von anderer Seite gefordert werden könnten. Ob der Kanzler mit seinen Befürchtungen recht hat, kann man natürlich nicht so ohne weiteres entscheiden.

Die Entstehung der neuen Reichsnotverordnung geht gewissermaßen in einer Art Dunkelkammer vor sich. Nur die nächstbeteiligten Minister wissen genau, wie weit die Arbeiten am neuen Werk bisher gediehen sind. Die Unklarheit über die Absichten der Reichsregierung geht sogar soweit, daß auch die preußischen Behörden über die Art und Tragweite der künftigen Verordnungen in Unkenntnis gelassen werden. Es kommt sehr viel auf die Zusammenarbeit des Reiches mit Preußen an. Man kann nur hoffen, daß sich in absehbarer Zeit ein reibungsloses Zusammenspiel zwischen den maßgebenden Stellen des Reiches und Preußens ermöglichen läßt. Unter gewissen Umständen mag die Schwierigkeit des verantwortlichen Regierungschefs ein Vorzug sein. Es kann aber auch der Augenblick kommen, da reden besser ist als Schweigen. Und dieser Augenblick scheint nun gekommen zu sein.

Zwischen den Notverordnungen... Eine merkwürdige Zeit der bangen Erwartung! Welche neuen Belastungen wird man anordnen? Welche neuen Summungen wird man an das Volk stellen? Die nächsten Tage schon werden Klarheit bringen.

Notverordnung Anfang nächster Woche.

* Berlin. Das Reichskabinett hat am Donnerstag nachmittag, nachdem der Reichskanzler seine Besprechung mit dem Präsidenten des Deutschen Städtebundes und den Vertretern des Landgemeindetages über die Notlage der Gemeinden zu Ende geführt hatte, die Beratungen über die neue Notverordnung fortgesetzt. Wie Berliner Blätter erfahren, schreiten die Arbeiten günstig fort, so daß nach wie vor damit gerechnet wird, daß mindestens die finanzpolitischen Notmaßnahmen am Montag oder Dienstag veröffentlicht werden können.

Der deutsche Außenminister von Neurath ist heute mittags nach Berlin zurückgekehrt. Es werden sodann die

Der Kurs der neuen Reichsregierung.

bdz. Berlin. Die übliche Reichsrats-Sitzung am Donnerstag abend benützte der neue

Reichsinnenminister Frhr. v. Goyl

zu einer programmatischen Rede, in der er den Ländervertretern den Kurs der neuen Reichsregierung schilderte und sich gleichzeitig gegen eine Reihe von Vorwürfen wehrte.

Der Minister erklärte einleitend, er habe die Übernahme seines schweren Amtes nur veranlaßt und getarnt durch die langjährige Mitgliedschaft im Reichsrat gewagt. Mit einer weiteren Verbeugung vor seinen früheren Reichsratskollegen betonte er, daß die Eigenart der deutschen Stämme des Verständnisses und liebester Pflege bedürfe. Das Eigenleben der deutschen Länder werde daher von dem neuen Reichskabinett selbstverständlich nicht angefochten werden. Für Preußen erwarte das Kabinett das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung. Für eine Stellungnahme der Reichsregierung zur Reichsreform sei die Zeit noch nicht gekommen, da dringendere Aufgaben ihre Lösung forderten. Das gleiche gelte von der Verfassungsreform, die allerdings notwendig sei. Der Minister legte jedoch Wert auf die Erklärung, daß das Gerade von einer geplanten Wiedereröffnung der Monarchie ein törichtes und darum schädliches Geschwätz sei. Er möchte allerdings aus seiner persönlichen monarchistischen Überzeugung keinen Hehl, wies jedoch auf die schweren Lasten und Nöte des Volkes hin, deren wir erst ledig werden müßten, ehe wir überhaupt die Möglichkeit hätten, uns mit der Staatsform zu beschäftigen.

Energisch verbat sich der Redner jeden Zweifel an seiner in die Hand des Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue und fügte hinzu, der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts dachten ebenso. Ferner wies der Minister den Vorwurf reaktionärer Gesinnung zurück. Die Regierung wisse, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen könne, sie wolle einen organisierten Fortschritt und keinen Rücktritt. Die Reichsminister seien auch keine Vertreter einseitiger Standes- oder Berufsinteressen, ihre Sorge und Liebe gehöre jedem einzelnen Volksgenossen. In diesem Zusammenhang erinnerte Frhr. v. Goyl an sein

Kriegserlebnis, daß der Heimat armer Sohn auch ihr treuester gewesen sei. Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich im Rahmen der Verfassung und der Weisheit halten, sei die vornehmste Aufgabe der Regierung. In diesem Sinne werde eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärischen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regeln. Dabei solle den Wahlvorbereitungen Freiheit gelassen werden. Der Innenminister sieht jedoch keinen Zweifel darüber, daß er den Willen und die Nerven habe, die Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln des Staates zu schützen.

Nachdem der Redner namens der Reichsregierung Pflege des Deutlichkeit und der Grenzgebiete versprochen hatte, bekannte er sich auch zum Siedlungsgebunden und kündigte an, daß der Reichernährungsminister über diese Fragen am Sonnabend im Deutschen Landwirtschaftsrat ausführlich sprechen werde. Der Minister bekannte sich ferner zum Gedanken des Berufsbeamtenimms und kündigte die Ausmerzung aller unethischen Einflüsse im kulturellen Leben, insbesondere auch im Rundfunk- u. Lichtspielwesen an.

Die mächtvolle nationale Bewegung der Gegenwart werde als eine Staat und Volk erhaltende Kraft gewertet und benutzt werden.

Das neue Kabinett steht vor schweren Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn unser Volk nicht untergehen soll. Wir geben trog aller Anfeindungen mit frischem Mut und Vertrauen an unsere Pflichten. Wir hätten Mut und Vertrauen nicht, wenn wir uns nicht auf eigenes Können und eigene Kraft stützen würden. Wir nehmen beides aus dem festen Glauben an unser Volk und aus dem unerschütterlichen Glauben an eine höhere Gerechtigkeit, die über dem Leben der Völker waltet und die Deutschland nicht vergessen wird. Weil wir durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung vor unserem Gott und unserem Gott diesen Glauben in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereit erklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einsatz unserer besten Kraft zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir recht getan haben oder nicht.

Beratungen über die Haltung der deutschen Delegation in Lausanne beginnen.

Reichskanzler von Papen wird, wie nunmehr feststeht, Dienstag abend mit der deutschen Delegation nach Lausanne abreisen.

Die preußische Notverordnung.

1 Berlin. Der Amtl. Preuß. Pressedienst veröffentlicht heute den Wortlaut der Verordnung zur Sicherung des Haushalts, dessen Hauptinhalt wir bereits gestern bekanntgegeben haben. Ergänzend darf noch hinzugefügt werden, daß zu den Dienstbezügen, die für Verdigt und kinderlos Verheiratete vom 1. Juli ab um 5 Prozent und für die übrigen Beamten und Angestellten um 2 Prozent gekürzt werden, auch alle Ausgleichszulagen, Sondervergütungen und Nebenzulagen gehören. Ferner unterliegen auch die Verpflegungsbezüge, zu denen Wartegelder, Übergangsgelder, Ruhegehalter und Witwen- und Waisengelder gehören, ebenfalls der Kürzung. Ausgenommen von der Kürzung sind Kinderhilfszulagen, Aufwandentschädigungen, Reisekostenvergütungen, Fahrt- u. Behrosten, Beschäftigungsstagszulagen, Umlaufvergütungen, Kinderzulagen und ähnliches. Die erhaltenen Bezüge werden 5 Jahre nach der Fälligkeit zur Auszahlung gelangen. Stirbt der Empfangsberechtigte innerhalb dieser Zeit, so werden die einbehalteten Bezüge an dem auf den Todestag folgenden Monatstermin ausgeschüttet. Die Bestimmungen gelten entsprechend für die Angestellten. Ausgenommen sind die Polizei- und Landjägerbeamten. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts sind berechtigt, die entsprechenden Kürzungen durchzuführen. Den Religionsgesellschaften bleibt die Regelung überlassen, die festen Beihilfen aus Bevölkerung und Versorgung der Pfarrer und ihrer Hinterbliebenen werden für die evangelischen Landeskirchen auf 80 424 188 RM und für die katholische Kirche auf 12 714 620 RM festgesetzt.

Die Änderung der Haushaltsteuerordnung erfolgt in der Weise, daß die Vorschriften über die Stundung und Niederschlagung der Haushaltsteuer für höchstbedürftige Mieter mit Wirkung vom 1. Juli ab aufgehoben werden. Der Gemeindeanteil an der Haushaltsteuer wird zur Deckung der dadurch entstehenden erhöhten Kosten der Bezirkssfürsorgewerke von 47 auf 60 Prozent erhöht. Das Ausführungsgebot zum Finanzungleichgewicht wird in der Weise geändert, daß von dem Gemeindeanteil an der Haushaltsteuer die Stadt- und Landkreise ein Gehalt des britischen Auslands erhalten. Der Rest wird nach Abzug eines Betrages in Höhe von 28 v. H. mindestens über 128 Millionen auf die Stadt- und Landkreise schlüsselmäßig verteilt.

Die Bestimmungen über die Einführung einer Schlachtsteuer bezeichnen als Gegenstand der Steuer die Schlachtung von Rindvieh, Schweinen und Schafen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund gegen die Gehaltskürzungsmassnahmen.

* Berlin. Zu den neusten Gehaltskürzungsmassnahmen teilt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund folgendes mit:

Bei aller Würdigung der finanziellen Zwangslage, in die der preußische Staat infolge der Krise und der jüngsten politischen Ereignisse im Reich gekommen ist, muß schärfster Protest gegen die neue Notverordnung verfügt. Einbehaltung von 5 Prozent beziehungsweise 2½ v. H. der Bezüge eingelegt werden. Diese Einbehaltung von Gehaltszulagen bedeutet nichts anderes als eine weitere Gehaltskürzung gegenüber den preußischen Beamten, die ohnehin neben dem vom Reich verfügbaren Gehaltskürzungen schon durch die bisherigen Sondermaßnahmen Preußens schwer getroffen sind. Es ist allmählich zur Uebung geworden, die gelegentlich festgelegten Gehälter, auf die die Beamten einen Rechtsanspruch haben, als eine Art allgemeine Reserve anzusehen, auf die beim Eintreten finanzieller Schwierigkeiten zurückgegriffen wird.

In gleicher Weise protestieren wir auf das schärfste gegen die von der Reichsregierung geplante Erhebung einer Beschäftigtenzulage oder Betriebsoldetenzulage in Höhe von 1 v. H. für die Beamten ohne jede Freigrenze oder soziale Staffelung. Dieser erneute Eingriff in die Beamtenrechte, die untrügliche Verschlechterung der materiellen Lage weiterer Beamtenkreise, muß das Vertrauen der Beamtenschaft zum Staat und seiner Führung aufs schwerste erschüttern. Dies gilt um so mehr in einer Zeit, in der durch Zölle, Subventionen und unzählige andere Maßnahmen anderen Volkskreisen und Berufständen trotz der Finanznot Hunderte von Millionen aus öffentlichen Mitteln zugeschwenkt werden und weiter in heigendem Maße zugewendet werden sollen, ohne daß den anderen Seiten, den noch vorhandenen großen Einkommen und Vermögen auch nur annähernd solche Last auferlegt werden, wie dies gegenüber der Beamtenchaft geschieht. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund warnt ernstlich und mit Nachdruck vor der Fortsetzung dieser Finanzpolitik und ruft gleichzeitig die Beamtenschaft auf, durch gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß den schärfsten Kampf gegen ihre Entziehung aufzunehmen."

Morgen Rede des Reichskanzlers.

Berlin. (Kurzbericht.) In der morgigen Sitzung des Reichslandwirtschaftsrates wird nicht nur Reichernährungsminister von Braun eine Rede halten, sondern vor ihm auch Reichskanzler von Papen sprechen. — Reichskanzler von Papen wird außerdem die morgige Sitzung der vereinigten Reichsratsausschüsse mit einer kurzen Ansprache einleiten.